

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 45. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. September 2015, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

i. V. von Regina Poersch

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Peter Eichstädt (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Aktueller Stand zu den Ausführungserlassen zu den EU-Programmen EFRE und ELER	5
Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)	
2. Bericht über die Inhalte der EU-Justiz- und Innenministerkonferenz zum Thema Flüchtlinge	8
Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)	
hierzu: Umdruck 18/4844	
3. Bericht aus dem DialogForum Norden	9
Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)	
Umdruck 18/4831	
4. Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen	10
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN	
Drucksache 18/2449 - selbstständig -	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN	
Umdruck 18/4785	
5. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte Europabericht 2014 - 2015	11
Bericht der Landesregierung	
Drucksache 18/2976	
6. Europa ohne Grenzen	12
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP	
Drucksache 18/3172 (neu)	
7. Benennung von einzuladenden Europaabgeordneten zu einem Arbeitsgespräch im November	13
8. Bundesratsangelegenheiten	14
Umdruck 18/4801	

9. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität 15

[Umdruck 18/4847](#)

10. Verschiedenes 16

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Nachdem der Ausschuss übereingekommen ist, den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Grenzübergreifende kulturelle Teilhabe: Minderheiten schützen, Geoblocking im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen, [Drucksache 18/2948](#), in seiner Sitzung am 4. November 2015 zu beraten, wird die Tagesordnung in der vorstehenden, geänderten Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Aktueller Stand zu den Ausführungserlassen zu den EU-Programmen EFRE und ELER

Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)

Einleitend weist Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, darauf hin, dass Schleswig-Holstein eines der ersten Länder gewesen sei, das das Operationelle Programm zum Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) vorgelegt habe. Auch beim Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) liege man im Plan. Im April seien die Grundsätze im Amtsblatt veröffentlicht worden, mit denen man die Auswahl von Projekten vornehme, die Richtlinien bauten auf diesen Grundsätzen auf. Nun sei man damit beschäftigt, die Richtlinien zu fertigen. Seit August sei die für die Landesregierung wichtige Richtlinie zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung veröffentlicht. Vier Richtlinien befänden sich derzeit in der internen Endabstimmung mit dem Finanzministerium beziehungsweise dem Rechnungshof, sechs Richtlinien lägen dem Begleitausschuss vor beziehungsweise seien bereits mit Anmerkungen zurückgegeben worden. Derzeit würden die Anmerkungen abgearbeitet.

Auf eine Frage der Abg. Damerow legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass man nicht abschätzen könne, wann die Richtlinien insgesamt fertiggestellt seien, weil insbesondere bei einer Richtlinie noch grundsätzliche beihilferechtliche Fragen zu klären seien, was noch Zeit beanspruche. Ein großer Teil der Richtlinien richte sich an den Rechtskreis der öffentlichen Hand, wo man nicht im gleichen Maße unter zeitlichem Druck stehe wie bei denjenigen Richtlinien, die sich an Private richteten. Deswegen liege derzeit der Fokus auf den Richtlinien, bei denen große Fördervolumina in Rede stünden und die sich an Private richteten. Einer grundsätzli-

chen beihilferechtlichen Klärung bedürfe es bei der Richtlinie zur Förderung von Investitionen zur energetischen Optimierung in Jugend- und Bildungsstätten.

Von Abg. Damerow auf die Integrierten Territorialen Investitionen (ITI) an der Westküste und deren praktische Umsetzung angesprochen, führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass man dabei keine Umsetzungsprobleme habe. Man schließe zurzeit die erste Wettbewerbsphase ab. Die nächste Runde werde in der ersten Jahreshälfte 2016 abgeschlossen sein, danach beginne die Umsetzung. Bis dahin würden die Richtlinien, die notwendig seien, vorliegen. Er weist darauf hin, dass die Jährlichkeit des Haushaltes durch die Tatsache, dass es sich um einen siebenjährigen Programmzeitraum handele, kein Problem darstelle. Unternehmen hätten darüber hinaus über die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns die Möglichkeit, bereits frühzeitig mit Projekten zu beginnen.

Auf eine Frage der Abg. Damerow zu der Bewertung einzelner Projekte vor dem Hintergrund noch nicht vorliegender Richtlinien führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass man die Auswahl- und Fördergrundsätze sowie das Operationelle Programm als Grundlage habe. Die Richtlinien verfeinerten diesen rechtlichen Rahmen nur, der bereits über diese beiden Instrumente vorgegeben worden sei. Insofern gebe es eine hinreichende rechtliche Grundlage, um verlässlich klären zu können, ob und in welcher Form Projekte förderfähig seien. Die Antragsphase für die ITI-Projekte beginne nach Abschluss der zweiten Auswahlrunde. In dieser schlank gehaltenen Antragsphase solle es zu keinen Verzögerungen kommen. Darüber hinaus befinde man sich im vierten Programmzyklus des EFRE-Programms, sodass viele Grundfragen in den vorherigen Phasen beantwortet worden seien.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Veröffentlichung der Breitbandrichtlinie führt Herr Bach, Leiter des Referates Bildung und Nachhaltigkeit, Verwaltungsbehörde ELER und Gemeinschaftsaufgabe internationale Zusammenarbeit im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, aus, dass man im Bereich der Breitbandförderung von der Versteigerung der digitalen Frequenzen auf Bundesebene überholt worden sei. Die daraus generierte digitale Dividende stehe dem Land teilweise zur Verfügung, parallel dazu werde es aber auch ein Bundesprogramm geben, von dem das Land profitieren könne. Diese Entwicklung müsse insgesamt abgewartet werden, um zusammen mit der Bundesförderung und unterschiedlichen Landesförderungen eine kohärente Gesamtförderung zu erstellen. Deshalb sei zunächst abzuwarten, wie die Richtlinie aussehe, bevor abschließend gesagt werden könne, wie die Bundesförderung durch Landesfördermittel ergänzt werde.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass es für den Ausschuss interessant wäre, zeitnah weiter zu diesem Thema informiert zu werden. - Staatssekretär Dr. Nägele sagt dies für die Landesre-

gierung zu. Das Wirtschaftsministerium als Infrastrukturministerium habe in diesem Zusammenhang die Federführung. Gemeinsam mit dem MELUR bearbeite man zurzeit das Thema. Dabei spiele auch die Frage von Zuschüssen versus Zinssubventionen eine Rolle, die auch eine beihilferechtliche Dimension habe. Derzeit werde über die Struktur des Bundesprogramms weiter beraten, der Ausschuss werde zeitnah über Neuerungen in Kenntnis gesetzt. Es gebe darüber hinaus auch einen europäischen Aspekt, zum Beispiel über das Juncker-Programm, über das es theoretisch auch möglich sei, europäische Mittel für das Thema Breitband zu binden. Aller Voraussicht nach werde eine Information noch in diesem Jahr möglich sein.

Auf eine Frage der Abg. Damerow zum Stand der Richtlinienerstellung generell und im Vergleich zu anderen Ländern führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass es kein Benchmarking im Bereich der Richtlinien gebe. Das Benchmarking im Bereich des Operationellen Programms habe die Europäische Kommission erstellt. Aus Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern wisse er, dass Schleswig-Holstein bei der Erstellung der Richtlinien im Mittelfeld liege, was auch eine Folge der Tatsache sei, dass es in der schleswig-holsteinischen Verwaltung keine redundanten Strukturen mehr gebe, sodass es in der Vergangenheit zu immer mehr Arbeitsverdichtung gekommen sei. Aufgaben wie das Erstellen von Richtlinien, die nur alle sieben Jahre aufträten, müssten in den Arbeitsablauf integriert werden.

Er unterstreicht auf eine weitere Frage der Abg. Damerow, dass keine einzige Investition durch eine nicht optimal zeitnahe Bearbeitung verzögert werde oder ausfalle. Alle Anträge, die dem Ministerium vorlägen, würden bewertet. Zudem gebe es die Möglichkeit des vorgezogenen Maßnahmenbeginns. Diese Maßnahmen bekämen jetzt Stück für Stück auch die Bescheide. Da der Rahmen bereits aus den vergangenen Jahren bekannt sei, könnten auch die Abwickler sehr gut einschätzen, was förderfähig sein werde und was nicht. Zurzeit sei man damit beschäftigt, den zweiten wesentlichen Bereich abzuarbeiten, den Bereich der touristischen Beherbergung. In diesem Bereich lägen etliche Anträge vor, bei denen der vorzeitige Maßnahmenbeginn möglich gemacht worden sei und wo derzeit die Förderbescheide überreicht würden. Insgesamt handele es sich um zirka 30 bis 40 kleinere Projekte, häufig Modernisierungsmaßnahmen.

Staatssekretär Dr. Nägele bietet an, dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen einen größeren Bericht, zum Beispiel zum Thema Juncker-Paket oder zum Thema Breitband zu geben und bei der Gelegenheit auch noch einmal über den aktuellen Stand der Bearbeitung der Richtlinien zu referieren. Der Ausschuss beschließt, dies für eine der folgenden Sitzungen des laufenden Jahres vorzusehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die Inhalte der EU-Justiz- und Innenministerkonferenz zum Thema Flüchtlinge

Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)

hierzu: [Umdruck 18/4844](#)

Abg. Beer bittet um einen aktuellen Bericht, da der schriftliche Bericht bereits überholt sei. - Herr Dr. Freitag, Mitarbeiter im Referat Landespolitische Schwerpunkte, INTERREG A, Zusammenarbeit mit Dänemark, Nordseeangelegenheiten und Informationsarbeit im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, bietet an, eine Aktualisierung des Berichts schriftlich nachzureichen.

Der Vorsitzende regt an, bei Bedarf gegebenenfalls eine Sitzung des Europaausschusses in der Mittagspause der Plenarsitzungen durchzuführen, um aufkommende Fragen zu klären. - Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht aus dem DialogForum Norden

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 18/4831](#)

Abg. Pauls berichtet aus der letzten Sitzung des DialogForum Norden (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift).

Abg. Beer stellt die Frage in den Raum, ob es sinnvoll sei, die entsprechende Ansprechpartnerin der Landesregierung, die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack, in eine Sitzung des Europaausschusses einzuladen, um einen entsprechenden Bericht zu geben. Für sie sei anhand des Berichts nicht nachvollziehbar, inwieweit der Landtag in bestimmte Abläufe einbezogen sei. Für sie stelle sich die Frage auch deshalb, weil in den Minderheitengremien, in denen sie selbst vertreten sei, die umfassende Thematik nicht entsprechend wiedergespiegelt werde. Wichtig sei, dass in den Gremien gut diskutiert werden könne, aus diesem Grund habe sie ein Interesse daran, dass der Informationsfluss verstetigt werde.

Abg. Weber unterstreicht, dass dies grundsätzlich eine sinnvolle Anregung sei. Er weist auf die Vielzahl an vorhandenen Gremien hin, in denen Abgeordnete oder das Parlament durch die Entsendung von Vertretern repräsentiert sei. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, wenn Vertreter in Gremien entsendet würden, diese auch im Ausschuss selbst berichten zu lassen. Sinnvoll sei jedoch auch, Vertreter der unterschiedlichen Gremien selbst zusätzlich für Gespräche in den Ausschuss einzuladen.

Abg. Beer legt im Zusammenhang mit den Gremien dar, dass noch im Herbst eine Kabinettsbefassung mit dem Sprachenbericht stattfinden solle. Sie gehe davon aus, dass dies dann auch im Landtag beraten werde, und regt an, die Minderheitenbeauftragte der Landesregierung zu bitten, im Ausschuss dazu vorzutragen.

Abg. Pauls kündigt an, dass für die November-Tagung ein entsprechender Antrag zur Berichterstattung zu dem Thema von ihrer Fraktion gestellt werde, insofern sei eine Beratung im Ausschuss im Dezember aus ihrer Sicht zielführend.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/2449](#) - selbstständig -

(überwiesen am 12. November 2014 an den **Europaausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
[Umdruck 18/4785](#)

hierzu: [Umdrucke 18/3862, 18/4097, 18/4118, 18/4129, 18/4130, 18/4163, 18/4771](#)

Abg. Voß beleuchtet kurz die Historie der unterschiedlichen Anträge.

Abg. Beer weist auf die Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss und auf die Tatsache hin, dass dieser entschieden habe, kein Votum zu den Anträgen abzugeben. Sie kündigt an, sich beim Koalitionsantrag enthalten zu wollen, und regt an, zu einer Beschlussfassung zu allen Anträgen zu kommen.

Nachdem der Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/4785](#), zum selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen, [Drucksache 18/2249](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN abgelehnt wurde, empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN den mit gleichem Stimmenverhältnis durch [Umdruck 18/4884](#) geänderten Antrag [Drucksache 18/2449](#) zur Annahme.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte
Europabericht 2014 - 2015**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2976](#)

(überwiesen am 19. Juni 2015 an den **Europaausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdruck 18/4651](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Europa ohne Grenzen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 18/3172](#) (neu)

(überwiesen am 15. Juli 2015)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/4878](#)

Abg. Pauls legt dar, dass der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen der Aktualität geschuldet sei und man damit unterstreichen wolle, was man im Mai und im September 2011 gemeinsam vereinbart habe. Erneut wolle man die Bedeutung des Schengener Abkommens betonen. Dabei gehe es auch darum zu unterstreichen, wie wichtig ihrer Fraktion offene Grenzen in Europa seien.

Abg. Damerow weist auf die Ähnlichkeit der Anträge und auf die bereits in der Vergangenheit gemeinsam beschlossenen Anträge zu ähnlichen Themen hin.

Nach einer kurzen Verfahrensdiskussion hebt Abg. Beer hervor, dass der Antrag unter Punkt 2 eine ihrer Ansicht nach falsche Unterstellung enthalte, weil es bis dato keine Verletzung des Schengener Abkommens gebe. Die dänische Regierung habe keine permanenten Grenzkontrollen angekündigt. Sie plädiert für eine differenzierte Betrachtung der Materie.

Abg. Weber unterstreicht, dass es dem Landtag nicht zustehe, innenpolitische Entwicklungen in Dänemark zu kommentieren.

Mit Zustimmung der Fraktion der CDU empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 18/3172](#), für erledigt zu erklären. Er empfiehlt dem Landtag darüber hinaus einstimmig, die Beschlussfassung des [Umdrucks 18/4878](#) zu übernehmen und ihr zuzustimmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Benennung von einzuladenden Europaabgeordneten zu einem Arbeitsgespräch im November

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zu einem Arbeitsgespräch am 20. November 2015, von 8:00 bis 10:00 Uhr, die Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht, Reimer Böge, Julia Reda und Ulrike Rodust einzuladen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

[Umdruck 18/4801](#)

Der Ausschuss nimmt den [Umdruck 18/4801](#) zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

[Umdruck 18/4847](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Pauls spricht die durch den Landtag vorgenommene Ausschreibung im Sommer für eine Stelle eines Vertreters oder einer Vertreterin des Landtags im Hanse-Office in Brüssel an und regt an, dazu von der Landtagsverwaltung einen Bericht zu erbitten, gegebenenfalls kombiniert mit einer Vorstellung der betreffenden Person. - Der Ausschuss kommt überein, dies für eine der Sitzungen am Jahresende vorzusehen.

Abg. Beer regt an, einen Vertreter der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) in den Ausschuss einzuladen. Dies könne zum Beispiel Anfang nächsten Jahres sein. - Der Vorsitzende schlägt vor, dies zu einem konkreten Termin vorzuschlagen.

Abg. Beer ergänzt, dass sie vorschläge, einen Bericht von Experten, die auch Kontakt zu den Roma in den entsprechenden Regionen habe, zu erhalten. - Der Vorsitzende bittet die europapolitischen Sprecher, sich auf einen Sitzungstermin und einen Kreis der Anzuhörenden zu verständigen.

Der Vorsitzende weist auf den Wunsch des Generaldirektors des Ostseesekretariats, Jan Lundin, hin, sich mit dem Ausschuss auszutauschen. - Der Ausschuss kommt überein, zu einem Arbeitsgespräch mit Herrn Lundin am Dienstag, dem 17. November 2015, um 8.30 Uhr, zusammenzukommen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer